

D R A H T E R L A S S

VS-Vermerk (Stempel)

15. November

Erck 2882

Meyer -Ber. Dienst-

WEU-Ministertagung

209-369.21 151740

VS-NfD

Ortez

1989	
Auswärtiges Amt 012-9	
Eing.:	20. NOV. 30
Tgb.-Nr.	
Dopp.	

TELKO-NR.
02 ✓
EDV-Nr./Dat./Par.
0135

Az.: 209-369.21 151740

Betr.: WEU-Ministertagung am 13./14. November 1989

roeml. Bei der diesjährigen Herbsttagung des Rats der WEU auf Ministerebene, an der BM Genscher und BM Stoltenberg teilnahmen, stand erneut der Gedankenaustausch zu aktuellen Fragen der europäischen Sicherheitspolitik im Vordergrund. Die Außen- und Verteidigungsminister der Mitgliedstaaten hatten einen eingehenden Meinungsaustausch über die Entwicklung in Mittel- und Osteuropa, vor allem in der DDR, über den Stand der Rüstungskontrollbemühungen sowie über die Auswirkungen der Veränderungen in den West-Ost-Beziehungen auf die Sicherheit Europas.

Der WEU-Ministerrat war das erste westliche Spitzentreffen seit Öffnung der DDR-Grenze. BM Genscher trug deshalb auf Bitte der belgischen Präsidentschaft eine Analyse der jüngsten Geschehnisse in der DDR vor und erläuterte die Konsequenzen, die sich daraus für Europa ergeben. Er führte

aus, die Entwicklung in der DDR habe bewiesen, daß es nur eine deutsche Nation gebe. Die Freiheitsfrage stehe in der DDR jetzt an der Spitze der Tagesordnung. Der Öffnung der Grenzen müßten freie Wahlen folgen. Die Bundesrepublik Deutschland respektiere, daß die Bevölkerung der DDR allein die Maßstäbe für ihr Handeln setzen wolle. Sie müsse deshalb auch entscheiden, welche Beziehungen die DDR künftig zur Bundesrepublik Deutschland herstellen wolle. BM Genscher betonte, daß die Bundesrepublik fest zu ihrer Mitgliedschaft im Nordatlantischen Bündnis stehe und den Prozeß der Integration der Europäischen Gemeinschaft konsequent fortsetzen wird. Befürchtungen eines deutschen Alleingangs seien völlig grundlos. Das Schicksal der Bundesrepublik sei fest in das Europas eingebettet. Wichtig sei es jetzt, den Prozeß der Entspannung und der Abrüstung konsequent voranzutreiben und die Reformen zu unterstützen. Der Westen müsse sein bereits im Harmel-Bericht niedergelegtes Ziel einer europäischen Friedensordnung vom Atlantik zum Ural, auf das Präsident Gorbatschow mit seiner Vorstellung des gemeinsamen europäischen Hauses geantwortet habe, weiterhin beharrlich vertreten. BM Genscher warnte davor, Schwierigkeiten und krisenhafte Entwicklungen in den Warschauer Pakt-Staaten auszunutzen und einseitige Vorteile daraus zu ziehen. Der Westen müsse deutlich machen, daß er an stabilen Rahmenbedingungen in Europa interessiert sei.

Die Minister unterstützten die von BM Genscher vorgelegte Analyse der West-Ost-Beziehungen. Auf der Grundlage dieser Analyse unterstrichen sie einmütig die Notwendigkeit, den Reformprozeß im Osten zu unterstützen und gleichzeitig die europäische Integration voranzutreiben. Sie betonten außerdem die Bedeutung des Atlantischen Bündnisses und die Notwendigkeit der Sicherung einer glaubwürdigen Verteidigungsfähigkeit. BM Stoltenberg unterstrich das Erfordernis, die Vorverteidigung auch in Zukunft zu gewährleisten. Der Rüstungskontrollprozeß, insbesondere VKSE, wurde von den Ministern eingehend diskutiert. Sie drückten die Hoffnung aus, daß die ermutigende Entwicklung der Wiener Verhandlungen zum baldigen Abschluß eines Abkommens führe. In diesem Zusammenhang beauftragten die Minister die Gremien der WEU u.a. mit der Erarbeitung von Vorschlägen über die Zusammenarbeit der WEU-Mitgliedstaaten bei der Implementierung des Verifikationsregimes eines KSE-Abkommens. Sie betonten gleichzeitig die Bedeutung der Arbeit der HLTF der NATO bei der Erarbeitung der westlichen Position bei den Wiener Verhandlungen. Die Minister beauftragten die Gremien der WEU außerdem mit der Erstellung einer Studie über die europäische Sicherheitslage für die Zeit von 1991 bis 1995. Sie sprachen sich einmütig für ein stabiles Kräftegleichgewicht in Europa aus.

roem2. Die Minister trafen im übrigen vor allem folgende operative Entscheidungen:

Sie beschlossen die Gründung eines Europäischen Instituts für Sicherheitsfragen in Paris. Dieses Institut, das die Agenturen der WEU ablösen soll, wird am 01. Juli 1990 seine Arbeit aufnehmen. Es soll vor allem die Aufgabe haben, Analysen zur sicherheitspolitischen Lage Europas in einem sich wandelnden West-Ost-Umfeld zu erstellen. Dabei soll es Kontakte zu wissenschaftlichen Instituten in West und Ost pflegen und zur Fortentwicklung und Verbreitung sicherheits- und abrüstungspolitischer Konzeptionen unter europäischen Aspekten maßgeblich beitragen.

Die Minister billigten außerdem einen Zwischenbericht der WEU über die Möglichkeiten einer europäischen Zusammenarbeit im Weltraum. Dieser Bericht enthält erste Überlegungen zur Architektur eines solchen Systems, zu seinen Grenzen und Kosten sowie zu den möglichen Strukturen der europäischen Zusammenarbeit. Die Minister beauftragten die Gremien der WEU mit weiteren Detailstudien zu den kurz- und langfristigen Durchführungsmöglichkeiten für ein raumgestütztes Erdbeobachtungssystem.

Die Minister billigten auch einen Bericht der WEU zur militärischen Ausbildung. Dieser Bericht, an dem die deutsche Seite aktiv mitgearbeitet hat, zeigt die Perspektiven für den weiteren Ausbau der militärischen Abstimmung in der WEU auf - und dies in einem Bereich, der vor allem durch die Tiefflugdiskussion (möglicher Ersatz durch Simulatoren) im Blickpunkt der Öffentlichkeit steht. Die Gremien der WEU

werden mit der kontinuierlichen Aktualisierung des Berichts beauftragt.

roem3. Die Herbsttagung des Rats der WEU auf Minister-ebene hat erneut die zunehmende Bedeutung dieser Organisation für die Konsultation aktueller Fragen der europäischen Sicherheitspolitik bestätigt. Das Feld dieser Konsultationen hat sich in den letzten Jahren erheblich ausgeweitet. Bei der Herbsttagung standen vor allem die Einschätzung der Vorgänge in Osteuropa, insbesondere in der DDR, und Fragen der Rüstungskontrolle im Vordergrund. Die Minister diskutierten diese Fragen eingehend und kamen zu einmütigen Schlußfolgerungen. Es hat sich erneut gezeigt, daß die WEU ein geeignetes Gremium ist, um aktuelle europäische sicherheitspolitische Fragen auch mit einer längerfristigen Perspektive aufzugreifen. Mit dem Beschluß zur Gründung eines europäischen Instituts für Sicherheitsfragen wurde eine auch für die Weiterentwicklung der WEU wichtige Entscheidung getroffen.


Insgesamt hat die Herbsttagung der WEU erneut bestätigt, daß die WEU dabei ist, Schritt für Schritt in die Rolle hineinzuwachsen, die ihr durch die "Beschlüsse von Rom" von 1984 und die "Plattform - europäische Sicherheitsinteressen" von 1987 zugewiesen worden ist. Die WEU trägt dazu bei, daß sich die sicherheitspolitischen Vorstellungen der Mitgliedstaaten im Gesamtzusammenhang des europäischen Einigungsprozesses annähern. Sie hat inzwi-

schen einen anerkannten Platz im Gesamtzusammenhang unserer Sicherheitspolitik.

~~nnnn~~ (209)

Bettzuege

2)

Namenszug oder Paraphe 	Verteiler
Mitzeichnung vor Abgang	
VS-Vermerk (Stempel)	